

Donnerstag, 07.03.2019

VLBS begrüßt den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst

Die Tarifbeschäftigten des Landes erhalten durch den Tarifabschluss mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ein erforderliches Plus auf dem Gehaltskonto. "Damit ist von drei notwendigen Schritten aber nur der erste geschafft", gibt dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp zu bedenken. "Denn jetzt muss das Tarifergebnis auf die Beamten übertragen werden. Außerdem brauchen wir als dritten Schritt dringend Ergebnisse für die Besoldungsstrukturreform."



Inhaltlich und zeitlich haben dbb sh und VLBS klare Forderungen: Die Entgelterhöhungen für die Tarifbeschäftigten sind in Schleswig-Holstein zeitgleich auf die Besoldung zu übertragen. Das dafür erforderliche Gesetzgebungsverfahren sollte zügig über die Bühne gehen, zumal die Finanzministerin für drei Jahre immerhin jeweils drei Prozent eingeplant hat. "Danach darf es aber nicht heißen, für die Besoldungsstrukturreform ist leider kein Geld mehr da", warnt Tellkamp.

Denn mit der Besoldungsstrukturreform soll die Bezahlung der Landes- und Kommunalbeamtinnen und-Beamten nachjustiert werden. So soll die Attraktivität und die Konkurrenzfähigkeit - sowohl im Verhältnis zur Privatwirtschaft als auch zur Besoldung in anderen Bundesländern - verbessert werden. "Dazu gehört auch, dass nicht mehr an der Kürzung/Streichung des Weihnachtsgeldes festgehalten wird. Das wird aber nur funktionieren, wenn unabhängig von der Einkommensrunde Geld in die Hand genommen wird." Zudem darf keine Zeit verloren werden. Ministerpräsident Daniel Günther hat dem dbb zugesagt, bis Ende des zweiten Quartals 2019 über die Ausgestaltung einer Besoldungsstrukturreform zu beraten und zu entscheiden.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesländer erhalten über die Laufzeit von 33 Monaten (bis 30. September 2021) rund 8 % mehr Gehalt, mindestens 240,00 Euro. Die lineare Steigerung beträgt im Gesamtvolumen 3,2% (mindestens 100 Euro) zum 1. Januar 2019, nochmals 3,2% (mindestens 90 Euro) zum 1. Januar 2020 und schließlich 1,4% (mindestens 50 Euro) zum 1. Januar 2021. Zudem wird die Angleichungszulage für angestellte Lehrkräfte von bisher 30,00 auf 105,00 Euro erhöht und stellt einen wichtigen Schritt in Richtung Paralleltabelle dar.

V.i.S.d.P:

Geschäftsführender Vorstand
Stephan Cosmos, Thorge Erdmann

Pressekontakt:

Jan Oliver Schmidt
Tel. 04101-850658, E-Mail schmidtjo@vlbs.sh

VLBS Landesgeschäftsstelle:

Muhliusstr. 65, 24103 Kiel
Tel. 0431-678686, Fax 0431-8881537
Internet www.vlbs.sh
E-Mail info@vlbs.sh